

## Kein Frieden mit der NATO?

von Laura Berner

Zur Fortsetzung der Vortragsreihe „*Geschichte und Geschichten*“ im neuen Jahr, lud das Projekt „*Erinnern für die Menschenrechte*“ am 15. Januar 2009 zur Veranstaltung „*Kein Frieden mit der NATO?*“ ein. Referent war der Politikwissenschaftler und geschäftsführende Vorstand der Tübingen Geschäftsstelle *Militarisierung e. V.*, **Jürgen Wagner**, der anlässlich des bevorstehenden 60. Jubiläums des Bündnisses über dessen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft



sprach. Anhand einiger Beispiele diskutierte er anschließend die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der *NATO* und beantwortete Fragen aus dem Publikum.

Die Veranstaltung begann mit einem kurzen Auszug aus dem deutschen Grundgesetz vorgetragen von Frau **Regine Dippoldsmann**. Art. 24 beschreibt die Wahrung kollektiver Sicherheit und Art.

26 stellt fest, dass Handlungen gegen den Frieden der Völker als Angriffskriege zu behandeln sind, welche unter Strafe stehen. Demnach verletzt die *NATO* mit ihren Handlungen, im Hinblick auf die deutsche Mitgliedschaft, das Grundgesetz der *Bundesrepublik*.

Anschließend begann Wagner seinen Vortrag, indem er eine kurze Definition der *NATO* gab um alle auf den gleichen Kenntnisstand zu setzen. Die *NATO*, kurz für North Atlantic Treaty Organization, ist der Zusammenschluss westlicher Staaten zur Bildung einer Militärallianz auf Grundlage des Nordatlantik-Vertrags. Der Nordatlantik-Vertrag beschreibt Angriffe nur als Mittel der Verteidigung, sieht jedoch keine initiativen Auslandseinsätze vor. Dennoch war die Geschichte der *NATO* immer geprägt von einer offensiven Komponente. Bis zur siegreichen Bestreitung der Auseinandersetzung mit der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren, diente die *NATO* als militärisch-politisches Verteidigungsbündnis gegenüber dem Warschauer Pakt. Seit Ende des Kalten Krieges 1990 dient die *NATO*, so Wagner, der Durchsetzung westlicher Interessen und dem Erhalt der westlichen Vorherrschaft. Nach dem die Bedrohung durch die Sowjetunion mit dem Ende der Blockkonfrontation passe war, wurde 1991 ein neues strategisches Konzept entworfen. Es wurde vom reinen Verteidigungsauftrag Abstand genommen und neue

Betätigungsfelder wurden definiert. Als neue Bedrohungen wurden die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die Unterbrechung vitaler Ressourcen und Terrorismus angesehen. Weiterhin wurden schnelle Einsatztruppen konzipiert, welche ihren ersten Einsatz in Bosnien hatten. 1999 kam es zu einer erneuten Änderung der *NATO*-Strategie, welche zur Umwandlung zu einem global agierenden



Kriegsbündnis führte. Die neue Strategie behielt sich vor, weiterhin zuerst Atomwaffen zum Einsatz zu bringen und weiterhin global militärisch einzugreifen. Außerdem können militärische Einsätze auch ohne Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen beschlossen

werden, was bereits vor dem Beschluss der Strategie (April 1999) im März des selben Jahres in Jugoslawien genutzt wurde. Parallel wurde ab 1994 der Erweiterungsprozess der *NATO* vorangetrieben, bei dem möglichst viele der ehemaligen sowjetischen Staaten in die *NATO* aufgenommen wurden. Mittlerweile umfasst das Bündnis 28 Mitglieder; im April 2008 wurden zuletzt Georgien und der Ukraine das Beitrittsversprechen gegeben.

In den letzten Jahren ist es zwischen *USA* und *EU* zunehmend zu einer Machtkonkurrenz innerhalb der *NATO* gekommen. Während die *EU* eine gleichwertige Partnerschaft fordert, besteht die *USA* weiterhin auf eine alleinige Machtstellung. Die Disharmonie zwischen den beiden Akteuren war besonders bei der Haltung der *EU* zum *Irak-Krieg* deutlich. Nachdem zu Beginn des *Irak-Krieges* Stimmen laut wurden, die ein Ende der *NATO* voraussahen, setzt sich gegenwärtig die These durch, dass das Bündnis wieder bedeutender werde. Aufgrund der schwindenden Dominanz der westlichen Weltordnung erfährt die Allianz unter ihren Mitgliedsstaaten Bedeutungszuwachs als Instrument zur Sicherung der westlichen Vorherrschaft. Die *NATO* wird in zunehmendem Maße mit den Schwierigkeiten konfrontiert sein, immer mehr Konflikte und Krisen bewältigen zu müssen und sich neben neuen, erstarkenden Rivalen (besonders China und Russland) behaupten zu müssen. Ein weiteres Krisenpotential stellt der wachsende Widerstand gegen die neoliberale Weltordnung dar. Angesichts dieser Aussichten scheint es absehbar, dass die *USA* von der *EU*, als Gegenleistung für eine mächtigere Position, verstärktes militärisches Engagement fordern wird. Wagner vertritt die These, dass

Armut und Kriege in der Dritten Welt gar erst durch die neoliberale Weltwirtschaftsordnung begründet sind. Er unterstreicht dies mit der Tatsache, dass selbst die Weltbank Armut als primären Krisenfaktor sieht. Durch die Beibehaltung des Neoliberalismus riskiert die westliche Welt weitere Konflikte herauf zu beschwören, für deren Befriedung wiederum vermehrt militärischer Einsatz notwendig wäre. Als Beispiel dafür, schildert Wagner die Hintergründe der aktuellen Thematik der *Pirateriebekämpfung* in **Somalia**. Die somalischen Piraten werden im Rahmen des EU- und NATO- Einsatzes (*EU Atalanta; NATO Standing Maritime Group*) militärisch bekämpft ohne einen tieferen Blick auf die Hintergründe zu werfen. Somalia geriet in Folge von westlichen Strukturanpassungsprogrammen in den 1980er Jahren in die Schuldenfalle. Daraufhin brach die somalische Regierung zusammen und es folgte u.a. die Entlassung der somalischen Küstenwache. An dessen Stelle traten westliche Fischer, die nun ungestört die somalischen Gewässer ausbeuten konnten. Die heutigen Piraten (und häufig ehemaligen Fischer) haben daraufhin begonnen, ihre eigene Steuererhebung zu betreiben, indem sie westliche Fischer- und Hilfslieferungsboote überfallen haben. Andere verarmte Somalis taten es ihnen nach und es kam zu vermehrten Überfällen auf See. Anstatt nun die bekannten Probleme anzugehen, wird der Ausdruck der somalischen Armut mit Waffen bekämpft. Mit ihrem militärischen Engagement, so Wagner, versucht die NATO den ‚Dampfkessel der Globalisierungskonflikte unter Kontrolle zu halten‘. Patrick Keller von der *Konrad Adenauer Stiftung* sieht die NATO heute im weitesten Sinne als Schutzmacht der Globalisierung, da sie durch Sicherheits- und Stabilitätsexport den Prozess der Modernisierung und Liberalisierung fördert und schützt.

In diesem Sinne soll auch der derzeitige NATO-Einsatz in **Afghanistan** geführt werden. Aufgrund des erhofften Vorzeige-Einsatzes in Afghanistan für andere Einsätze, wird trotz der gegenwärtigen dramatischen Eskalation, (die eigentlich einen Strategiewechsel verlangt), an der bisherigen Vorgehensweise festgehalten. Die Strategie in Afghanistan, bestehend aus zivil-militärischer *Aufstandsbekämpfung* und neoliberaler *Nation-Building*, wurde lediglich personell und territorial ausgeweitet. **Das Konzept der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit** stützt sich auf die Leitidee der *Vernetzten Sicherheit (comprehensive approach)*. Regionale Wiederaufbau-Teams aus Militärs und Zivilisten sollen das Vorhaben bewältigen. Zum Beispiel werden zivile Akteure der Wiederaufbauhilfe als Spione über Aufenthaltsorte der Taliban genutzt. Die Problematik hierbei ist, dass die Vermischung von militärischen und rein zivilen Kompetenzen, letztere ebenfalls zum Feindbild der Widerstandskämpfer werden lässt. Ebenso geraten internationale Hilfsorganisationen in deren Zielscheibe, weshalb sich die *Welthungerhilfe* und ‚Ärzte ohne Grenzen‘ trotz der katastrophalen Lage bereits zurückgezogen haben. Wagner spricht in diesem Zusammenhang von einer ‚desaströsen Instrumentalisierung ziviler Hilfe‘.

Ein weiterer Schwerpunkt des Afghanistan-Einsatzes ist das **Neoliberale Nation Building**. Wagner versteht darunter, die neoliberale Zurichtung und Öffnung des Landes für westliche Waren und Investitionen. In diesem Rahmen hat das *Deutsche*

*Bundesamt für Außenwirtschaft* mit Afghanistan ein bilaterales *Investitionsschutzabkommen* abgeschlossen. Dies sieht u.a. eine Zollreduzierung für deutsche Produkte, 100%-tigen Gewinntransfer und Firmenbesitz von Ausländern und eine achtjährige Steuerbefreiung vor. Die subventionierten Agrargüter die über diesen Weg ins Land fließen, haben die einheimische Landwirtschaft zerstört, weshalb nun wieder vermehrt Opiumanbau betrieben wird. Die Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen (UNDP 2007) erklärt in ihrem Länderbericht über Afghanistan die humanitäre Lage für schlechter als zur Zeit der Herrschaft der *Taliban*. Heutzutage leiden 60% der Bevölkerung an Unterernährung und 70% von ihnen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die verarmten Kleinbauern sind der beste Zulieferant für die Widerstandskämpfer. Laut Wagner, leistet der Großteil der Kämpfer nicht aufgrund fundamental-islamistischer Überzeugung, sondern aufgrund des aufgebauten Hasses gegen die ‚Besitzer‘ Widerstand. Angesichts der katastrophalen humanitären Lage sind die Verhältnisse der Militärausgaben im Bezug zu den Geldern, die der Entwicklungshilfe zu Verfügung stehen, erschreckend. Militärausgaben für den Zeitraum 2002 bis 2006 belaufen sich allein bei den *USA* (172 Mrd.US\$) und *Deutschland* (3,5 Mrd. US\$) zusammengenommen auf 175,5 Mrd. US\$. Im Vergleich dazu wurden in der gleichen



Periode 15 Mrd. US\$ für Entwicklungshilfe und zivilen Wiederaufbau ausgegeben (zugesagt waren ursprünglich 25 Mrd. US\$).

Viele sehen den *Afghanistan-Einsatz* als Gradmesser, ob die *NATO* auch den

Herausforderungen des 21. Jahrhundert gewachsen ist, weshalb ein Rückzug für das Bündnis undenkbar ist. Angesichts der Lage wurden die Kampfeinsatzgebiete stattdessen erweitert. Während 2003 die Truppen nur in *Kabul* waren, sind sie seit 2004/ 2005 auch im Norden und Westen und seit 2006 im gesamten Land im Einsatz. Die Truppenstärke wurde von anfänglichen 5000 auf nunmehr 50 000 Soldaten aufgestockt. Im Frühjahr diesen Jahres ist eine erneute Aufstockung um weitere 20-30 000 Soldaten geplant. Die Situation in *Afghanistan* hat sich trotzdem verschlechtert und die Häufigkeit von Selbstmordattentaten und Sicherheitsvorfällen hat stark zugenommen. In Folge dessen ist ebenfalls die Anzahl an Toten, sowohl unter den Zivilisten als auch unter den Soldaten, stark gestiegen. Die Stiftung *Wissenschaft und Politik* äußerte sich zu diesen Entwicklungen wie folgt: „In ganz

*Afghanistan* hat sich die *ISAF-Mission* seit 2006 von einer reinen Stabilisierungsoperation zu einem Einsatz mit dem Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung entwickelt.“ Wagner sieht die *NATO* in diesem Zusammenhang nicht als Teil der Lösung, sondern der Problematik.

**Das deutsche Engagement** beschränkt sich bisher noch auf den relativ ruhigen Norden *Afghanistans*, während der Einsatz in den Krisenregionen im Süden noch anderen (u.a. GB, USA, etc.) überlassen wird. Seit 2006 wird der Appell an *Deutschland* gerichtet, sich ebenfalls im Süden zu engagieren; 80-90% der deutschen Bevölkerung haben sich jedoch bisher gegen die internationalen Kampfhandlungen im Süden ausgesprochen. Die deutsche Reaktion ist trotzdem eine schrittweise Ausweitung des Einsatzes. 2007 hat die *Bundesrepublik* mit der Entsendung von (Aufklärungs-)Tornados im gesamten Land begonnen, welche zur Zielortung für internationale Bombardements dienen. Seit Juni 2008 hat die *BRD* außerdem die (ehemals norwegische) *Quick Reaction Force* übernommen, welche auf offensive Kampfhandlungen ausgerichtet ist. Somit sind deutsche Soldaten zum ersten Mal wieder als offensive Bodentruppen aktiv. Ferner wurde das Bundeswehr-Kontingent in *Afghanistan* von 3500 auf 4500 Soldaten aufgestockt. Die zunehmende Häufigkeit der deutschen Auslandseinsätze lässt deutlich das Streben nach mehr internationalen Mitbestimmungsrechten erkennen. So formulierte bereits *J. Fischer*, „das Maß an Mitbestimmung richte[t] sich nach dem Maß des Mitwirkens.“

Neben der erfolgreichen Bewältigung des *Afghanistan-Einsatzes*, erwähnte Wagner noch die Gefahr einer erneuten Blockbildung als weitere Herausforderung für die *NATO*. Als zentralen Schauplatz dieser Konfrontation sieht er den Kampf um **Rohstoffe und Energie**. Anzeichen hierfür sind die zunehmenden Uneinigkeiten der *USA* oder der *EU* mit *Russland und China* über zentrale Energiefragen und die gleichzeitige ständige Erweiterung der *NATO* durch ehemalige *Ostblock-Staaten*. Das russische Angebot einer strategischen Partnerschaft mit der *EU* wurde jedoch abgelehnt. *Russland* hingegen hat durch die Verstaatlichung von *GASPROM* ein wirksames Instrument zur Geopolitik und Kontrolle großer Teile der europäischen Energieversorgung bekommen. Weiterhin betreibt *Russland* den intensiven Aufbau von Gaskartellen. Die *EU* versucht sich unterdessen aus dieser Abhängigkeit zu befreien, indem sie anstrebt Gas aus der kaspischen Region unter Umgehung *Russlands* (und *Irans*) nach *Europa* zu befördern. Die russische Reaktion auf die europäischen Energiepläne und die zahlreichen *NATO*-Erweiterungen ist die Stärkung der ‚*Shanghai Cooperation Organisation*‘. Dieses, anfangs aus *Russland* und *China* bestehende (heute auch *Kasachstan, Turkmenistan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan*), energiepolitische Bündnis wurde von *Russland* 2007 zur Militärallianz umgewandelt. Auf Anfrage gewährte das Bündnis dem *Iran* und *Pakistan* Beobachterstatus, den *USA* jedoch nicht. Würden die beiden Atommächte *Iran* und *Pakistan* gar in das Bündnis aufgenommen werden (ist in Verhandlung), würde sich gewissermaßen eine energiemächtige ‚*NATO des Ostens*‘ aufbauen. In Energiefragen zeichnet sich eine klare Blockkonfrontation zwischen den *USA* und der *EU* gegenüber *Russland* mit *China* ab.

Mit der zunehmenden Einschätzung einer Bedrohung durch *Russland* bezüglich der westlichen Energieversorgung entwickelte sich die Idee einer ‚*Energie-NATO*‘. Bei der Verwendung von Energie zur Erreichung geopolitischer Ziele (durch *Russland/China*), wäre demnach der anfangs erwähnte Verteidigungsfall von Art. 25 gegeben. *Russland* hingegen sieht seine regionale Integrität durch die fortschreitende ‚*farbige Revolution*‘ der osteuropäischen Staaten gefährdet: Die *EU* fördert aktiv die Ersetzung pro-russischer Regierungsvertreter durch pro-westliche (Bsp. *Ukraine, Georgien, Kirgisien*). Ebenso hat das westliche Verhalten im *Georgien-Russland-Konflikt* das Misstrauen auf Seiten *Russlands* verstärkt.

**Das NATO-Papier vom Januar 2008** reagierte prompt auf die angespannte Lage mit rhetorischer Gegenwehr. *Russland* und den *OPEC-Staaten* wurde abermals gedroht Energie nicht als Waffe einzusetzen. Gleichzeitig behielt man sich den Ersteinsatz von Atomwaffen zur Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vor. Weiterhin sieht das Strategie-Papier die Abschaffung nationaler Vorbehalte und Mitbestimmungsrechte (so genannter *caveats*) bezüglich der Verwendung der eigenen Soldaten vor. Ferner wird der vermehrte Einsatz der *zivil-militärischen Zusammenarbeit* und die Gewaltanwendung (im Rahmen einer humanitären Intervention) auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates betont. Außerdem soll das Konsensprinzip bei Entscheidungen in *NATO*-Gremien abgeschafft werden, um schneller handlungsbereit zu sein. Gleiches ist für das Mitspracherecht nicht beteiligter Mitgliedsstaaten an *NATO*-Einsätzen vorgesehen.



Als abschließenden Punkt seines Vortrags kam Wagner auf **die Auswirkungen des Amtsantritts Obamas** zu sprechen. Während Wagner diesen innenpolitisch als positiv bewertet, sieht er die amerikanische Außenpolitik weiterhin als problematisch. *Obama* hat bereits angekündigt die *NATO* aufwerten zu wollen und fordert u.a. ein stärkeres deutsches Engagement. Da die *USA* angesichts ihrer horrenden Schulden (offiziell: 10 Billionen; geschätzt: 50 Billionen US\$) nicht mehr in der Lage ist, die internationalen Herausforderungen im Alleingang zu lösen, berief sich der angehende Präsident vermehrt auf ‚*burden sharing*‘. Für einen verstärkten Einsatz europäischer Militärkräfte versprach er der *EU* mehr Mitspracherecht in der *NATO*. So appellierte er bereits explizit für einen stärkeren europäischen Einsatz im *Irak*. Wagner zitierte hierzu *Bernd Siebert* (Verteidigungspolitische Sprecher der *CDU-CSU-Fraktion*), der die neue Situation jedoch positiv bewertete. Siebert: „Die zu erwartende sicherheitspolitische

Neuorientierung der *USA* sollten wir hierfür als Chance nutzen, um uns als Europäer wieder aktiver in die transatlantischen Sicherheitsarchitektur einzubringen.“

Zum Ende des Vortrags zog Wagner das Resümee, dass die *NATO* in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen wird. Der kritisch eingestellte Referent forderte daraufhin das Publikum auf, im Falle einer ebenfalls konträren Haltung gegenüber der *NATO*-Strategie dies an den anstehenden Gipfeltreffen in Form von Protesten kundzutun.

*Fotos: Adnan Keskin*